

UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN

BEBAUUNGSPLAN „UNIVERSITÄTSKLINIKUM SCHNARRENBURG TÜBINGEN M. 1:500 ÖSTLICHER TEIL“

GEHEIMNIET MIT VERFÜGUNG
VOM 2.12.1980 NR. 1134/80
REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

TÜBINGEN, DEN 2.12.1980



[Handwritten signature]

TÜBINGEN, DEN 5. MAI 1980
BÜRGERMEISTERAMT

IV.

[Handwritten signature]
BÜRGERMEISTER

STADTPLANUNGSAMT

[Handwritten signature]

STADTBAUDIREKTOR

TIEFBAUAMT

[Handwritten signature]

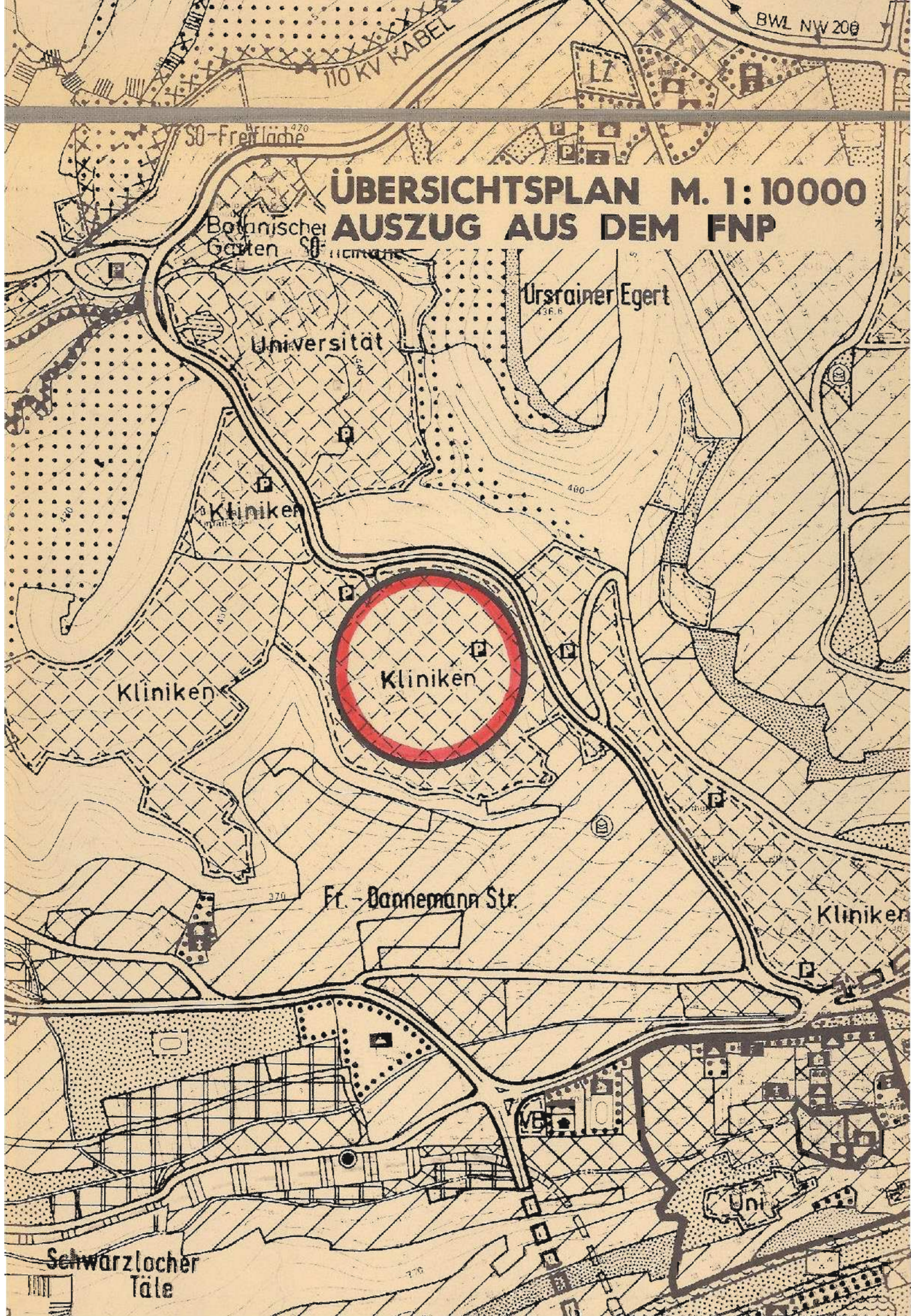
STADTBAUDIREKTOR

STADTMESSUNGSAMT

[Handwritten signature]

STADTVERMESSUNGSDIREKTOR

**ÜBERSICHTSPLAN M. 1:10000
AUSZUG AUS DEM FNP**



Textliche Festsetzungen

A. Planungsrechtliche Festsetzungen

§ 9 Abs. 1 Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18.8.1976 (BGBl. I. S. 2256) mit den Änderungen der Beschleunigungsnovelle vom 6. Juli 1979 (BGBl. I. S. 949) und §§ 1-27 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung vom 15.9.1977 (BGBl. I. S. 1763)

1. Art der Nutzung

§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG und § 11 BauNVO

Das gesamte Baugebiet wird als "Sondergebiet Kliniken" festgesetzt. In diesem Sondergebiet sind zulässig: Kliniken, klinische und wissenschaftliche Institute, zugehörige Betriebs-, Versorgungs- u. Verwaltungsgebäude, sowie Personal-, Dienstwohngebäude und Parkierungsgebäude. In der Zone A ist ein Hubschrauberlandeplatz unzulässig.

2. Maß der Nutzung

§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG u. §§ 16-21a BauNVO

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch Grundflächenzahl, Baumassenzahl und Gebäudehöhe festgesetzt.

3. Bauweise

§ 9 Abs. 1 Ziff. 2 BBauG u. § 22 BauNVO

Als besondere Bauweise "b" wird festgesetzt: offen, jedoch Gebäudelängen bis max. 250 m zulässig.

4. Stellplätze und Garagen

§ 9 Abs. 1 Ziff. 4 BBauG u. § 12 (6) BauNVO

Stellplätze außerhalb der für Parkierungsgebäude ausgewiesenen Flächen sind nur innerhalb der sonstigen überbaubaren Flächen zulässig.

Das Parkierungsgebäude I ist unterirdisch und erdüberdeckt (Mindestüberdeckung 1 m) herzustellen. Geländeüberhöhungen zum umgebenden Gelände verlauf sind im Bereich des Parkierungsbauwerkes unzulässig.

Für die Bepflanzung der erdüberdeckten Fläche gilt der Plananteil II - Grünordnung.

5. Geh-, Fahr- und Leitungsrechte

§ 9 Abs. 1 Ziff. 21 BBauG

Zur Sicherstellung einer Haupt-Fußwegverbindung sowie zur Sicherung der Trassen öffentlicher Ver- und Entsorgungsleitungen wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht festgesetzt. Die ausgewiesenen Leitungsrechte sind durch eine Grunddienstbarkeit zwischen Eigentümer und Begünstigtem zu regeln.

6. Pflanzgebote, Pflanzhaltung

§ 9 Abs. 1 Ziff. 25 BBauG

Alle Freiräume sind - soweit sie nicht als Straßen, Wege oder Stellplätze benötigt werden - mit Busch- u. Baumgruppen oder Einzelbäumen wirksam zu bepflanzen. Maßgebend für diese Bepflanzung sowie für die Erhaltung vorhandener Bäume und Sträucher und damit Bestandteil des Bebauungsplanes ist der Planteil II - Grünordnung.

Als spezielles Pflanzgebot wird festgesetzt, daß der Gehweg in nördlicher Fortsetzung des Rosenauer Weges durch einen mind. 2,50 m breiten Pflanzstreifen mit hochstämmigen Bäumen vom Fahrweg abzusetzen ist.

Änderung lt. Erlass des
Reg. Präz. Nr. 1134/80

Auf der Ost- und Südseite des Parkierungsgebäudes II sind hochwüchsigte Bäume zu pflanzen.

4. Stellplätze und Garagen

§ 9 Abs. 1 Ziff. 4 BBauG u. § 12 (6) BauNVO

Stellplätze außerhalb der für Parkierungsgebäude festgesetzten Flächen sind nur innerhalb der sonstigen überbaubaren Flächen zulässig.

Das Parkierungsgebäude I ist in einem Teilbereich (siehe Ploneintrag!) unterirdisch und erdüberdeckt (Mindestüberdeckung 1m) herzustellen.

Geländeüberhöhungen zum umgebenden Geländevertief sind in diesem Bereich unzulässig.

Für die Bepflanzung der erdüberdeckten Fläche gilt der Planteil II - Grünordnung.

Im Westen und Süden ist das Parkierungsgebäude (nicht erdüberdeckter Teil) durch bepflanzte Erdaufschüttungen (Kronenhöhe mind. 431 m ü. NN) sichtbar abzudecken.

VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde
am 9. Juli 1979 gemäß
§ 2 Abs. (1) Bundesbaugesetz (BBauG) in
der Fassung vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221)
vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tü-
bingen
beschlossen und am 26. SEPTEMBER 1979
öffentlich bekanntgemacht.

2. BÜRGERBETEILIGUNG

Die Bürgerbeteiligung erfolgte gem. § 2a
Abs. 1 BBauG am 2. Oktober 1979
bzw. in der Zeit vom 10. Oktober
bis 24. Oktober 1979

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:

Der Gemeinderat hat am 5. MAI 1980
den Bebauungsplan als Entwurf und dessen
öffentliche Auslegung beschlossen.

4. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG:

Der Bebauungsplanentwurf mit Begrün-
dung hat vom 11. Juni 1980
bis 11. Juli 1980 in Tübingen
öffentlich ausgelegen.

5. SATZUNGSBESCHLUSS:

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10
BBauG vom Gemeinderat der Universi-
tätsstadt Tübingen am 6. Oktober 1980
als Satzung beschlossen.

6. GENEHMIGUNG:

Der Bebauungsplan wurde durch Erlaß
des Reg. Präs. Tübingen gemäß § 11
BBauG am
mit Erlaß Nr.
genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN:

Die Genehmigung des Bebauungsplanes
wurde am
gemäß § 12 BBauG ortsüblich bekannt
gemacht. Mit dieser Bekanntmachung
wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

370

Tübinger Höhen

Bei den Höhenangaben im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans handelt es sich um Angaben im Tübinger Höhensystem.